

Eine kommunistische Linke jenseits des Leninismus?

Mit der Abkehr Osteuropas vom sowjetischen Modell schienen sich auch diejenigen, die in den vergangenen Jahren glaubten, mit den Bolschewiki sich identifizieren zu müssen, in ihrer überwältigenden Mehrheit endgültig von ihren jugendlichen Irrtümern befreit zu haben. Die anderen, die schon damals die Ineinssetzung von Sowjetmacht und Sozialismus kritisierten, haben mit ihren revolutionären Ambitionen inzwischen auch die Option auf einen humanen Sozialismus ad acta gelegt.

Die Gorbatschowschen Reformen hatten im Westen zunächst allgemeine Euphorie ausgelöst. Während die Presse in Erwartung der Rückkehr der Sowjetunion in den Kreis der zivilisierten kapitalistischen Nationen frohlockte, knüpften sich bei den Resten der Linken allerlei Reformhoffnungen an Gorbatschow – auch für die versteinerten Verhältnisse im Westen.

Diese Erwartungen scheinen inzwischen blamiert. Die Ohnmacht und Sprachlosigkeit der Linken angesichts der Veränderungen hängt nicht zuletzt mit jenem prekären Verhältnis zusammen, das sie an die Geschichte der Sowjetunion band. Hatten sich doch fast alle positiv auf die Tradition der Oktoberrevolution bezogen, auch wenn dies meist mit dem Wunschtraum einherging, den „Gaul Geschichte“ – von dem Majakowski sagt, daß er hinke – höchstselbst, als Revolutionär, am Zügel zu führen. Die verbreitete Fixierung an ein Bild der Oktoberrevolution als, wenn auch nur momenthafte, Geschichtsmächtigkeit der revolutionären Massen und ihrer Avantgarde, ging in der Praxis aber einher mit einer Haltung, die in jedem „Angriff auf die Sowjetunion“ den „Stoß ins Herz der Revolution“ (Weinert/Eisler) witterte und in jeder Leninismuskritik das Einschwenken ins bürgerliche Lager.

Bis heute stellt das Verhältnis zur Sowjetunion für die Linke eine Beziehungsfalle dar, der sie scheinbar nicht zu entkommen vermag. Der Traum von der Verwirklichung des Sozialismus, der mit dem Mythos Sowjetunion verbunden war, schien nur zwei Positionen zuzulassen: Das Bekenntnis zur Revolution und in der Konsequenz die bedingungslose Identifikation mit dem „Vaterland des Sozialismus“, dessen wirkliche

Politik den mit diesem Begriff verbundenen Inhalten nur wenig entsprach, oder die Abgrenzung im Namen des Sozialismus; die damit unterstellte antirevolutionäre Haltung und Affirmation bestehender Verhältnisse schien jedoch weniger die Folge als vielmehr die Voraussetzung jenes „so nicht“ zu sein. Für die im Ersten Weltkrieg korrumpierten sozialistischen Parteien eignete sich die „bolschewistische“ Revolution als identitätsstiftendes Gegenbild. Auch eine Kritik der bolschewistischen Politik aus dem Geist eines entschieden revolutionären Sozialismus, wie sie Rosa Luxemburg formulierte, geriet in den Sog dieser Beziehungsfälle.

Linke Positionen, die sich vom Konformismus der Sozialdemokratie abgestoßen fühlten, fanden in den zwanziger und dreißiger Jahren nur in den kommunistischen Parteien einen Platz, ebenso wie all jenen, die den Bolschewisierungs- und Stalinisierungsprozessen der kommunistischen Parteien entgegen wollten, nur die Wahl blieb, minoritäre Grüppchen zu bilden (wie August Thalheimer, Karl Korsch, Amadeo Bordiga u. a.) oder sich spätestens in der Emigration auf die Seite des freien Westens zu schlagen (wie Franz Borkenau, Arthur Koestler und Manès Sperber).

Als die Studentenbewegung in der BRD sich als Neue Linke konstituierte, hatte sie eine Ahnung davon, daß ihre politischen Wirkungsmöglichkeiten davon abhingen, wieweit es ihr gelänge, der Beziehungsfälle zu entkommen und die sozialistische Revolution gegen jene neu auf die Tagesordnung zu setzen, die sie immer schon vertagt und schließlich ganz verabschiedet hatten, um den Aufbau der Industrie und die Rettung des Vaterlands zu vollbringen. Sie kam deshalb nicht umhin, immer wieder die Rolle der Sowjetunion zu diskutieren, die Revolution von 1917 und die Rolle des Stalinismus – vor allem, um der auch in der Linken virulenten Totalitarismustheorie kritisch begegnen zu können. Die Schwierigkeiten mit der Sowjetunion kristallisierten sich um die prekäre Beziehung zwischen dem Mythos Oktoberrevolution, der auch für die Mehrheit der Neuen Linken seine Faszination als Identifikationsangebot nicht verloren hatte, und den augenfälligen Konsequenzen stalinistischer und sowjetisch-imperialer Politik.

Als einfache Lösung der damit aufgeworfenen Fragen grassierte die These vom *Verrat* an den Idealen der großen sozialistischen russischen Revolution, und dies gleich in verschiedenen Varianten, die sich allein durch den Wechsel der Zuschreibungen unterschieden, wer nun eigentlich diese Ideale noch verkörpere. Verbreitet war auch die These vom *Sozialimperialismus* der Sowjetunion, deren moralischer Abgrenzungs-

status die allzu große Enttäuschung über den Werdegang der kommunistischen Parteien kaum verhehlen konnte. Darüber hinaus ging ihr in bezug auf einen Vergleich der Imperialismen das Kriterium des Sozialen verloren. Seit 1967/68 gibt es in der Neuen Linken die Kritik an der *Bürokratisierung* und *Versachlichung* der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Sowjetunion, also eine Kritik, die die staatliche und industrielle Herrschaftsform in den Mittelpunkt zu rücken sucht. Eine ernsthafte Beschäftigung mit der historischen Analyse russischer Verhältnisse hat erst in neuester Zeit eingesetzt.

Die für die Neue Linke wichtige Nachkriegserfahrung ist durch die Erkenntnis einer nationalsozialistischen Kontinuität unterhalb der großen Politik gekennzeichnet, durch die Kontinuität antikommunistischer Attitüden, die Erkenntnis des weltweiten Neokolonialismus, durch die Erfahrung einer handlungsunfähigen Linken angesichts der Fixierung der alten KP auf die Sowjetunion fixiert, und durch die Erfahrung, daß die Linke selbst aus der SPD zunehmend herausgedrängt und gesellschaftlich randständig wurde, was sich an der Geschichte des SDS ablesen läßt.

Für den älteren Marxismus wie für den SDS und die Studentenbewegung blieb die Revolution von 1917 das Paradebeispiel einer sozialistischen Revolution. Die entscheidende Kritik kam aus dem Frankfurter SDS-Zirkel um Hans-Jürgen Krahl. Krahl faßt den damaligen Stand der Diskussion und der Marx-Rezeption zusammen, wenn er in seinem Kommentar zum tschechischen Reformkommunismus konstatiert, „daß der Kommunismus nach Marx und Engels auf die ‚Produktion der Verkehrsform selbst‘ zielt, in der das wertsubstantielle Produktionsverhältnis abstrakter Arbeit, das die privatarbeitenden Produzenten gegeneinander isoliert, auf dem Wege revolutionär erkämpfter Vergesellschaftung zugrunde geht, um die Möglichkeit der ‚assozierten Produktionsweise‘ der unmittelbaren Produzenten und schließlich des zwanglosen ‚Vereins freier Menschen‘ zu eröffnen.“¹

Vor diesem Hintergrund war die Identifikation von Sowjetunion und Sozialismus eine Unmöglichkeit. Diejenigen, die sich als Sprecher einer Emanzipationsbewegung verstanden, konnten im zentralistischen Organisationsmodell nur einen destruktiven Formalismus sehen. Diejenigen, die als Schüler von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno Warenproduktion mit Entfremdung und industrielle Entwicklung mit reeller Subsumtion unter das Kapitalverhältnis zu verbinden gelernt hatten, hatten ihre Unbefangenheit gegenüber den Parolen vom „Aufbau des So-

zialismus“ gründlich verloren. Diejenigen, denen auch nur ansatzweise die Problematik des Zusammenhangs von Kapitalismus und bürgerlichem Nationalstaat gegenwärtig war, sahen sich gezwungen, an dem Postulat einer internationalen revolutionären Bewegung festzuhalten.

Aber diese leninismuskritischen Einsichten spielten in der Auseinandersetzung mit den überall entstehenden marxistisch-leninistischen Parteien eine immer geringere Rolle. Für die Kritiker des leninistischen Organisationsmodells wurde Spontaneität schon bald zum Markenartikel (Revolutionärer Kampf, Proletarische Front Bremen, Arbeitersache München). Als man mit den Parolen „Eine Mark für alle!“ und „Macht kaputt, was Euch kaputt macht!“ nicht schnell genug erfolgreich war, ging man zur „Politik in erster Person“ über. Der Internationalismus blieb Feierabendbeschäftigung gerade da, wo die Neuzusammensetzung der internationalen Arbeiterklasse (Karl Heinz Roth) die „Betriebsarbeiter“ vor schwer lösbare Probleme stellte. Der Abschied von der real existierenden Arbeiterklasse führte auf dem Umweg über die „Nicht-Arbeit“ in einen Subjektivismus, der bald wieder für bestimmte Varianten von Konservativismus und Nationalismus anfällig wurde. Darin trafen sie sich dann mit jenen, die inzwischen den Gang durch die kommunistischen Parteien hinter sich hatten. Sie hatten damals vom Leninismus nicht nur das Organisationsmodell übernommen und die revolutionäre Disziplin, sondern auch die Staatsfixierung. Je nachdem, wie wenig sie sich in der stalinistischen Entwicklung der UdSSR wiedererkennen konnten, war der nationale Träger der Revolution als Identifikationspunkt ausgewechselt worden: Albanien und China statt Rußland.

Man beschwor die Dialektik von Repression und Revolution, äußerte moralischen Protest gegen den Machtstaat und operierte mit einem verselbständigten Verständnis von Praxis, die als aktionistische ihren ehemals ironischen Charakter als Demonstrationsform längst verloren hatte und zu einer Form gerann, über deren Funktion – ganz wie bei der Politik der KP der zwanziger Jahre – nicht mehr nachgedacht wurde. Als allgemeines Kennzeichen diese Gruppierungen konnte dann gelten: die Identität von Moral und Politik oder ein moralisierender Politizismus – und dies oft trotz einer ökonomistischen Marx-Rezeption. Ein Großteil der Anhängerschaft dieser Gruppierungen wurde dann im Anschluß an den Sieg Vietnams und des Pol Pot-Regimes ganz wie schon die gläubigen Kommunisten nach 1930 und 1945 von den Ereignissen überrollt und von Ernüchterung eingeholt.

Die Rezeption des *traditionalen Kommunismus* war aber oftmals

durch eine spezifische Sichtweise mit dem Problem der Reaktion auf den Faschismus verbunden. Zumindest teilweise wurde die Legitimation von Georg Lukács akzeptiert, daß damals insofern eine Zwangslage geherrscht habe, als man angesichts des heraufziehenden Faschismus, trotz aller Detailkritik, nur für den Kommunismus sich habe entscheiden können. Der dieser polaren Konstruktion unterlegte politische und historische Determinismus spielte für die Marxisten-Leninisten generell und auch für ihre Mao-stalinistischen Spielarten eine große Rolle. Historische Situationen wurden auf einfache Entscheidungslagen reduziert. Dieser Mechanismus der Zwangsparteinahme verdeckte aber nur das Problem, das darin bestand, wie eigentlich „das Revolutionäre“ an der Oktoberrevolution zu begreifen und wie diese vom westlichen Kapitalismus abweichende Form der Industriegesellschaft zu beurteilen sei: als Schritt oder Rückschritt auf dem Weg zum Sozialismus, als Staatskapitalismus (was darunter auch immer verstanden wird), als eigenständige Variante kapitalistischer Entwicklung oder bloß als totalitärer Staat.

Im folgenden soll hier der Stand der Debatten um Sowjetstaat und Sozialismus kurz skizziert werden, wie er in den 70er Jahren den Horizont einer linken Kritik abgesteckt hat. Es soll hier die These vertreten werden, daß es auch für das Verständnis der aktuellen Vorgänge in der Sowjetunion unumgänglich ist, an diesen Stand wieder anzuknüpfen – gerade dort, wo er sich in Ansätzen aus der beschriebenen Beziehungsfalle herausgearbeitet hat.

Schon in den zwanziger Jahren hatte sich eine *Debatte um Plan- und Marktwirtschaft* entwickelt. Friedrich Pollock etwa zeigte deutlich Begeisterung für die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion (Friedrich Pollock, *Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion*, Leipzig 1929). Plan und Markt werden säuberlich getrennt dann dem Sozialismus und dem Kapitalismus zugeordnet. In der sowjetischen Diskussion finden sich ähnliche Vorstellungen etwa bei Preobrazenskij und später bei den Trotzkiisten. Andere, z.B. Bucharin, waren vorsichtiger. Die schematische Gegenüberstellung von Plan und Markt verstellt den realistischen Zugriff auf sozialökonomische Probleme. Insofern aber ist die Vorstellung von Plan und Markt als einander gegenseitig ausschließend unsinnig, als es im „sozialistischen Planstaat“ immer die verschiedensten Varianten von Märkten gab und gibt und als Planifikationen von Anfang an die Geschichte kapitalistischer „Marktökonomien“ geprägt haben, ja Markt und Plan geradezu eine spezifische notwendige Einheit kapitalistischer Ökonomie bilden.